

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4590

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk.; Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Revolutionsfeiern im Reich.

Berlin, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Kundgebungen am 9. November in Berlin schreibt die Freiheit, daß sie selber nicht die große Beteiligung aufgewiesen hätten, die die Aufgebote der Arbeiterklasse sonst auszeichnen. Wir kennen die Gründe nicht, schreibt die Freiheit, wir wissen nicht, warum die Belegschaften zahlreicher Fabriken davon abgesehen haben, die Arbeit um 2 Uhr einzustellen, um sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Vielleicht ist es der Befehl der Gewerkschaftskommission, der die Veranlassung dazu gegeben hat, nur teilweise Ruhe der Arbeit eintreten zu lassen, vielleicht ist es der Wille der Arbeiter, den Tag der Revolution würdiger zu feiern durch völlige Arbeitsruhe, was durch den erwähnten Befehl verhindert worden ist. Aber mögen die Gründe lauten wie immer, wir bedauern dennoch, daß aus Gründen der Verärgerung große Teile der Arbeiterschaft abseits standen. Mäße der Graud für ihr Fernbleiben von der Demonstration auch ehrenvoll für sie sein, ein anderer Befehl wäre für die Zukunft doch leichter zu erreichen, wenn die Arbeiterschaft die Disziplin auch in solchen Fällen wahrte. An einigen Stellen Berlins waren die Demonstrationen sehr stark, an andern dagegen, wie z. B. in Döberitz, sehr schwach besucht.

Berlin, 10. November. Im ganzen Reich ist, soweit die bisher vorliegenden Meldungen erkennen lassen, die Feier des 9. November ruhig und ohne Störung verlaufen.

Hamburg, 10. November. (L.) Hier fanden am Mittwoch 25 Kart besetzte Demonstrationssammlungen statt. Am Vormittag waren an den Gräbern der Revolutionsoptioner von der Sozialdemokratischen Partei und vom Arbeiterrat Groß-Hamburg Kränze niedergelegt worden.

Ein Denkmal für die Revolutionskämpfer.

Stettin, 10. November. (L.) Auf Befehl der Gewerkschaften trat in Stettin am Mittwochmorgen Arbeitseinstellung ein. Der größte Teil der Arbeiterschaft leistete diesem Befehl Folge. Die Teilnahme an der Einweihung des Denkmals für die in den Revolutions- und Kampftagen Gefallenen war gewaltig. Das Denkmal wurde nachts mit roter Farbe beschmieret. Der Polizeipräsident setzte auf die Ermittlung der Täter eine Belohnung von dreitausend Mark aus.

Monarchisches aus Bayern.

München, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Münchner Neuesten Nachrichten melden in ihrem gestrigen Abendblatt, daß demnächst im bayerischen Landtag eine große politische Aussprache stattfinden werde. Der Ministerrat hätte in den letzten Tagen die Angelegenheiten, die dabei erörtert werden, bereits beschäftigt, darunter auch die Kundgebung des früheren bayerischen Kronprinzen. Die von Dr. Bialer neuerdings aufgenommene Angelegenheit der Schaffung des Amtes eines Staatspräsidenten finde, wie das Blatt zuverlässig gehört haben will, in der bayerischen Volkspartei keine weitere Unterstützung. Auch im Ministerrat halte man andere Sorgen für weit dringlicher und sei nicht geneigt, gerade diese Frage jetzt weiter zu verfolgen. Der Wille zur ruhigen Fortentwicklung auf dem schon beschrittenen Wege werde die Signatur der Aussprache bei den Regierungsparteien sein.

Diese Beruhigungsbemerkung entbehrt, nach unseren Informationen jeder Grundlage. Die bayerische Volkspartei hält an der Forderung des Staatspräsidenten fest. Bei der Zusammenlegung des bayerischen Kabinetts ist auch nicht zu erwarten, daß Kuprecht zur Ordnung gerufen wird. Die bayerischen Liberalen und Nationalisten wollen die Monarchie und jubeln ihrem Kuprecht gern als König zu, wenn er den Thron bestiegt. Es handelt sich nicht darum, ob man in Bayern die Monarchie erstrebt, sondern nur noch darum, wann dieses erstrebte Ziel erreicht werden kann.

Der Auserwählte Stinnes!

Berlin, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der preussische Gesandte in Dresden, v. Berger, der frühere Staatskommissar für öffentliche Ordnung, der um seine Entlassung aus dem preussischen Staatsdienst nachgesucht hat, übernimmt die Verlagsleitung der „Zeit“, des neuen völksparteilichen Organs, das vom 1. Dezember ab unter der Leitung des aus der Täglichen Rundschau ausgeschiedenen Herrn Kippfer erscheinen soll.

Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das Reichskabinetts tritt heute zusammen, um über die Eindämmung der Markentwertung zu beraten und um Richtlinien für die kommenden Beratungen mit dem Reparationsauschuß aufzustellen.

Nach der Entthronung der Habsburger. Horthys Pläne.

Die Telegraphen-Union berichtet aus Paris: Der Botschafterkonferenz ist ein Schreiben der ungarischen Regierung zugegangen, in dem diese sich verpflichtet, die Entscheidungen der Botschafterkonferenz vom Februar 1920 und vom April 1921 über das Verbot einer Wiederehrung der Habsburger durchzuführen. Die ungarische Regierung erklärt weiter, daß sie die Frage einer Königswahl nur in Einvernehmen mit den Mächten lösen werde, die in der Botschafterkonferenz vertreten sind. Zur Durchführung der Wünsche der Großmächte wird die ungarische Regierung in Ergänzung der bereits bestehenden Strafbestimmungen ein Gesetz erlassen, das eine wirksame Bekämpfung jeder Propaganda zugunsten der Habsburger und jeden Versuch der Habsburger, nach Ungarn zurückzukehren, gewährleistet. Die Konferenz ist der Ansicht, daß diese Erklärung die Mächte befriedigen wird.

Nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus sollen in Budapest sowohl wie in der Provinz amtliche Erhebungen über den Karlistenputsch im Gange sein. Gegen verschiedene Beamte seien Disziplinar- und Strafverfahren eingeleitet worden. Wie es aber in Wirklichkeit mit der Verfolgung der karlistischen Putschisten aussieht, geht aus dem folgenden Bericht der Ungarischen Korrespondenz hervor: Die Führer und Teilnehmer des letzten Karlistensieges werden unanahmslos straflos ausgehen. Nachdem Stephan Friedrich bereits wenige Tage nach dem Zusammenbruch des Putschs auf freien Fuß gesetzt wurde, ist nunmehr auch Graf Andrássy unter dem Vorwand, er habe zur Zeit der Ankunft Karls nur zufällig in Nebenbürgen gewohnt, entlassen worden. Dieser Vorwand ist um so lächerlicher, als Andrássy Außenminister im „Königlichen Kabinett“ Károssy gewesen ist. Man merkt deutlich, daß einflußreiche Kreise am Werke sind, um eine Bestrafung der Legitimitäten zu verhindern. Tatsächlich wird im Justizministerium bereits ein Amnestieentwurf ausgearbeitet, der allen Teilnehmern des Karlistensieges Straffreiheit gewähren soll. Die übrigen politischen Verbrecher werden von dieser Amnestie nicht betroffen.

Die Beurteilungen aus der Zeit der Revolution und der Räteherrschaft müssen also auch weiterhin im Kreise schmachen. Mit diesem standstilligen Verhalten offenbart die Horthy-Regierung erneut ihren wahren Charakter. Und Horthy arbeitet mit allen Mitteln, um seine Herrschaft zu erhalten und zu festigen. Wie der U. R. aus Budapest gemeldet wird, erhält sich dort hartnäckig das Gerücht, daß der Erzherzog Albrecht sich vor einigen Wochen im geheimen mit der Tochter Paula des Kaisers verheiratet hat. Tatsache ist, daß eine derartige Eheverbindung bereits seit langem von den „Abrechisten“ ins Auge gefaßt ist, die auf diese Weise den Erzherzog Albrecht zum König und Horthy zum wirklichen Herrscher Ungarns machen wollen. Ob die Dinge bereits, wie die Gerüchte wissen wollen, bis zur Vermählung gediehen sind, läßt sich mit Sicherheit nicht nachprüfen, jedoch würde dies eine Erklärung für das Verhalten Horthys während des Karlistensieges geben. Da in dem Entthronungsgesetz keine Klausel enthalten ist, die die spätere Thronbesteigung eines Habsburgers ausschließt, plärdet einer Wahl Albrechts zum König, für die sich auch militärische Kräfte einsetzen, nichts im Wege stehen. Albrecht würde dann aber wohl mehr eine dekorative Rolle bestücken, während sein Schwiegervater Horthy der wirkliche Lenker der Geschicke Ungarns sein würde.

Demobilisierung in Jugoslawien und der Tschechoslowakei.

Graz, 9. November. Tagespost meldet aus Belgrad: Mit Rücksicht auf die Entwicklung in Ungarn beschloß der Ministerrat eine teilweise Abrüstung der einberufenen Reservisten. Die aktive Armee soll so lange an der Grenze verbleiben, bis ein normales Verhältnis zu Ungarn eingetreten ist. Der Eisenbahnverkehr mit Ungarn ist wieder aufgenommen.

Prag, 9. November. Die Demobilisierung der Armee beginnt am 10. November und soll vor Ende November vollkommen durchgeführt sein. Der Präsident der Republik gibt in einem Armeebefehl seiner Genugtuung darüber Ausdruck, in wie kurzer Zeit die Armee kampfbereit gemacht worden sei. Die rasche Konzentrierung der bewaffneten Kräfte habe einen entscheidenden Einfluß auf die günstige Entwicklung der Ereignisse gehabt.

Irland lehnt die englischen Vorschläge ab.

Berlin, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ulster bringt wieder einmal die Verhandlungen mit England zum Scheitern. Das Ulsterkabinetts, das gestern eine Sitzung in London abhielt, billigte einstimmig die ablehnende Haltung, die Craig gegenüber dem Vorschlag der englischen Regierung einnimmt. Bei der heutigen Zusammenkunft mit Lloyd George wird daher der Premierminister von Ulster erklären, Ulster werde die englischen Vorschläge nicht annehmen können.

Generalkrieg in Rom.

Rom, 9. November. (W.I.B.) Bei der Ankunft einer Gruppe Faschisten aus der Provinz kam es auf einem Bahnhof zu Schießereien zwischen Faschisten und Eisenbahnern, wobei ein Eisenbahner verletzt wurde. Wegen dieses Zwischenfalles wurde die Abfahrt der Züge eingestellt. Infolge des Zwischenfalles zwischen Faschisten und Eisenbahnern hat die Arbeitskammer den Generalkrieg in Rom beschlossen.

Die Hoffnung auf das Wunderbare.

Von Rud. Breitscheid.

Die Steuerdebatte im Reichstag hat einen niederschmetternden Eindruck hinterlassen. Regierung wie Parlament haben in gleicher Weise versagt. Weder die eine noch das andere zeigte sich den gewaltigen Aufgaben, die die Stunde stellt, gewachsen. Außer von dem Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie wurde von niemandem auf nur der Versuch gemacht, irgendeine große Idee in die Diskussion zu tragen, irgendeinen Weg zur Lösung des Finanzproblems zu weisen.

Der provisorische Finanzminister Hermes stellte sich in seiner ganzen Unzulänglichkeit zur Schau. Er führte ein paar Zahlen vor, las einen Appell an die Opferwilligkeit der Steuerzahler vom Blatt und machte im übrigen Ausführungen, wie wir sie von den Schatzsekretären des Kaiserreiches zu hören gewohnt waren, wenn sie in normalen Zeiten um gutes Wetter für Steuervorklagen von einigen Millionen Mark baten.

Dabei werden jetzt zahlreiche Milliarden gefordert, dabei bleibt, selbst wenn sie eingingen, noch ein ungeheures Defizit, dabei steht Deutschland, dessen Geld von Tag zu Tag mehr entwertet wird, unmittelbar vor dem völligen Zusammenbruch. Die bürgerlichen Parteien aber beschränken sich darauf, Kritik an den Vorklagen der Regierung zu üben, ohne den Willen und die Fähigkeit zu selbstständigen Anregungen zu bekunden, und die Rechtssozialisten, gehemmt durch ihre Zugehörigkeit zum Kabinett und beeinflusst von dem Gedanken an die große Koalition, geben sich damit zufrieden, ein platonisches Bekenntnis zur Goldwertfassung abzugeben.

Die Entwürfe sind an verschiedene Kommissionen gegangen. Dort wird nun Kleinarbeit getan. Man wird die Vorklagen je nachdem ein wenig verbessern oder ein wenig verschlechtern, und jeder wird sich bei dieser Tätigkeit darüber klar sein, daß im Grunde ja doch alles gleichgültig ist, da so oder so die Defekte, die man zurecht macht, nicht ausreicht. Das Defizit ist nicht zu bannen, das Sinken der Mark nicht aufzuhalten, die Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Entente sind nicht zu erfüllen.

Die Haltung der Rechtsparteien ist wenigstens zu begreifen. Sie verfolgen eine bestimmte Absicht. Sie haben ein politisches Interesse an der Verrückung unserer Finanzen. Die Helferrich und Genossen vertreten den Standpunkt des passiven Widerstandes gegen die Forderungen des Ultimatum. Den Alliierten soll bewiesen werden, daß Deutschland zahlungsunfähig ist. Und wie ist dieser Beweis besser zu erbringen, als wenn man dem Staate die Steuern verweigert, deren er bedarf? Wie die Ablehnung der vertragsmäßig festgesetzten Leistungen von dem Gegner aufgenommen wird, in diesen merkwürdigen Ketten des Vaterlandes gleichgültig. Sie hoffen auf jeden Fall von den Folgen ihres verhängnisvollen Treibens profitieren zu können.

Daß das Kabinett Wirth mit vollem Bewußtsein dieselbe Richtung auf die Katastrophe hin eingeschlagen hat, läßt sich nicht annehmen. Aber mit seinem Zögern unterstützt es die nationalistischen Hagardeure. Und warum zögert es? Weil es auf das Wunderbare wartet, das Wunderbare, das kommen soll, entweder von der Entente, oder von der freiwilligen Hilfe der Industrie.

Die Reparationskommission ist in diesen Tagen in Berlin eingetroffen, um, wie es der Friedensvertrag vorsieht, die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen. Man verpricht sich scheinbar wer weiß was von dem Ergebnis dieser Untersuchung. Man hofft auf eine gänzliche Umgestaltung des Reparationsplanes und möchte sich doch bei einiger vernünftiger Ueberlegung sagen, daß im besten Falle eine Verrückung des nächsten Zahlungstermins, der auf den 15. Januar festgesetzt ist, herauskommen kann. Damit wären wir von einer unmittelbaren Verlegenheit befreit. Aber der Druck, der auf unserem Wirtschaftsleben liegt, wäre nicht verringert. Der Stand der Mark würde sich vorübergehend vielleicht ein wenig bessern, aber nur, um nach einiger Zeit aufs neue zu sinken. Von der dringend notwendigen Stabilisierung unserer Valuta könnte keine Rede sein. An der Unsicherheit, unter der unsere Produktion und unser Handel leiden, würde nichts geändert werden.

Indessen befürchten wir, daß die Vertreter der Entente sich nicht mit einer einfachen Prolongierung ihres Wechsels begnügen werden. Sie werden nicht nur den augenblicklichen Stand der Staatsfinanzen prüfen, sondern die Frage aufwerfen, ob tatsächlich alles geschehen ist und geschieht, um die Summen aufzubringen, die zur Begleichung ihrer Rechnung erforderlich sind. Sie werden nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß während der Staat Rot leidet, Industrie, Banken und Landwirtschaft ungeheure Gewinne einheimsen, und daß der hohe Dollarkurs nicht ausschließlich auf das Bedürfnis an ausländischen Zahlungsmitteln zurückzuführen ist, sondern zum guten Teil auch einer verbrecherischen Spekulation zugeschrieben werden muß, gegen die der Staat nichts ernsthaftes unternimmt.

Wenn gestern ein bürgerliches Blatt politische und journalistische Persönlichkeiten vor Mitteilungen an die Reparationskommission warnte, mit denen diese die eine oder